

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholstellen 4.20
bzw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einpaltige Petit-
zeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 9

Freitag, den 31. Oktober 1919

1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Sowjets in Australien. Nach einem Bericht der englischen Zeitung Daily Mail haben die Einwohner von Port Darwin in Australien ihre bisherige Verwaltung gestürzt und die Errichtung einer Sowjetregierung proklamiert. Die bisherigen Beamten haben fluchtartig die Stadt verlassen. Nähere Nachrichten über die Ausbreitung der Bewegung ist Australien fehlen noch.

Judenverfolgungen. Die Pariser Humanite veröffentlicht neue Berichte über furchtbare Judenverfolgungen in den in den Händen der Reaktionskräfte befindlichen Teilen Russlands. In allen von den Truppen Denikins eroberten sibirischen Städten wurde unter den deutschen Juden ein furchtbares Blutbad angerichtet. Die Denikin'sche Heeresleitung begünstigt diese Propaganda. Dies sei kein Wunder, da doch Denikins Armee der Sammelpunkt aller reaktionären und somit antisemitischen Elemente geworden sei. Die Gegenrevolutionäre, so schreibt die Humanite, bilden einen Ballen um Denikins Armee, die den Bürgerkrieg dazu benutzen, um ihren Haß an den Juden auszulassen.

Frieden mit den Bolschewiki! Der Pariser Populaire berichtet über den unerschütterlichen Kampf, den die polnische sozialistische Partei gegen die Regierung Polens führt, um diese zum Frieden mit Sowjetrußland zu veranlassen. Die ununterbrochenen Bemühungen der Partei scheinen nach der Ansicht des französischen sozialistischen Blattes endlich von Erfolg gekrönt werden zu sollen, da der Einfluß der sozialistischen Partei in Polen immer stärker werde und die Regierung immer größere Rücksicht auf sie zu nehmen gezwungen sei. Die sozialistische Partei Polens sei die einzige polnische Partei, die eine straffe Organisation und ein entschiedenes Programm habe.

Todesurteile wegen der Gazette des Ardennes. Das französische Kriegsgericht hat gegen die Redakteure und Herausgeber der Gazette des Ardennes drei Angeklagte zum Tode, zwei andere zu siebenjähriger Zwangsarbeit und sechs weitere Angeklagte zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

So findet eine vergiftende Arbeit ihre Sühne, die von den deutschen Militärs in Frankreich organisiert worden war. Die deutschen Hauptgeschuldbigen aber bleiben unbehelligt oder sie sitzen gar in einem der Pressebureaus, die heute ihre vergiftenden Lügen über „Spartakus“ in die Welt setzen.

Sesslicher Bauernstreik. In allen drei bessischen Provinzen hat laut Rh.-W. Ztg. ein Bauernstreik begonnen. Die Landwirte liefern keine Kartoffeln mehr, so daß die dringende Gefahr einer Katastrophe besteht.

Der renitente Bischof. Erzbischof v. Faulhaber nahm auf dem Katholikentag, der viele tausend Zuhörer im Zirkusgebäude zusammenführte, Gelegenheit, gegen das neue Regiment Stellung zu nehmen. Die neue Reichsverfassung habe mit ihren Bestimmungen über die Schule den Katholiken den Kampf angesagt, und diese werden ihn durchführen, komme was da wolle. Die Verfassungsgeber, die die Religion aus dem öffentlichen Leben getilgt haben, haben kein Recht, die Staatsbürger auf die Verfassung mit der Eidesformel „Ich schwöre“ zu verpflichten. Ebenso verhält es sich mit dem Eid auf die Steuererklärung. Jeder Gläubige hat das Recht, zu sagen: Ich verweigere den Steuereid. Der Erzbischof bezeichnete schließlich die Nachricht von den Plänen über die Bildung einer katholischen Donamonarchie als infame Unwahrheit.

Die Bolschewiki greifen an. Nach den letzten hier eingegangenen Meldungen kann nunmehr kein Zweifel bestehen, daß die Initiative in den Kämpfen vor Petersburg auf die Bolschewisten übergegangen ist. Der Hauptangriff der Roten Armee ist in Richtung von Krasnoje Selo und Gatschina geführt worden. Wie weit Judenitsch vor diesem Stoß zurückgewichen ist, läßt sich im Augenblick noch nicht mit Sicherheit übersehen.

Eine Depesche aus Helsingfors meldet: Unter der persönlichen Leitung Trozki's werden weiter Elitetruppen nach Petersburg gebracht. Eine Kavallerie-Infanteriedivision ist bereits eingetroffen, weitere Infanterie-Infanteriedivisionen sind im Anrollen begriffen. Diese Konzentration von Kerntruppen nach Petersburg beweist, daß die Bolschewisten Petersburg nicht nur bis zum äußersten verteidigen wollen, sondern auch die Absicht haben, zum Gegenangriff auszuholen. Trozki sagte über die Lage von Petersburg. Bis zum 21. 10. lag die Initiative in Judenitsch's Händen; am 22. ging die Rote Armee zum Angriff über und brachte dem Feind einen schweren Schlag bei. Wir haben den Feind zum Bankrott gebracht und ihm seine Hauptstellung entzogen, und wenn wir unsere Kräfte noch weiter anspannen, wird auf den ersten Streich bald ein entscheidender Schlag folgen. Die Petersburger Menschewiki haben ihre Kräfte für die Verteidigung der Stadt angeboten.

Verhängte Streiklage in Amerika. Nach dem Abbruch der Verhandlungen, die auf Einladung Wilsons zwischen Vertretern der Arbeiterchaft und der Arbeitgeber stattgefunden hatten, hat sich die Streiklage in den Vereinigten Staaten äußerst verschärft. Der Ausstand der Kohlenbergwerksarbeiter soll am morgigen Sonnabend beginnen und wird 200 000 Mann umfassen. Compers hat für den Beginn des nächsten Monats eine Versammlung der Bormänner von 112 Arbeitervereinigungen nach Washington einberufen, auf der Vorbereitungen getroffen werden sollen für ein offensives und defensives Bündnis der internationalen Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten und Kanada zur nachdrücklichen Forderung des Kampfes der Arbeiterchaft auf Leben und Tod, der sich nun nähert.

Man nimmt übrigens, wie wir bereits meldeten, an, daß die kommenden Streiks eine besondere Unterstützung von Seiten der Landarbeiter erhalten werden, mit deren Organisation bereits begonnen. Wie der Petit Parisien schreibt, ist Amerika von der größten Arbeiterbewegung bedroht, welche es je erlebt hat. Den Stahlarbeitern, welche sich noch im Streik befinden, und den Bergleuten, welche die Arbeitseinstellung für den 1. November beschlossen, werden sich bald die Angestellten der Eisenbahn anschließen, wenn ihre Forderungen nicht durchdringen. Sie wollen, daß die Kontrolle der Regierung über die Eisenbahn aufhört. In 14 Tagen werden in den Vereinigten Staaten zwei Millionen Arbeiter in den Streik eintreten.

Zweite oder dritte Internationale?

Von Gustav Schröder.

II.

In Moskau war vom 1.—6. März jene Konferenz zusammen, die die sogenannte dritte Internationale gründete. Mit Ausnahme der russischen Bolschewisten nahm an dieser Tagung keine Massenpartei teil. Das muß festgehalten werden. Außer den Russen waren Vertreter mehrerer asiatischer Völker, Angehörige der russischen Randvölker, mehrere Kommunisten vom Balkan und aus einigen anderen europäischen Ländern vertreten. Die großen sozialistischen Parteien Westeuropas fehlten. Die Schweizerische Sozialdemokratie, die in Moskau vertreten war, lehnte den Anschluß an die dritte Internationale später durch Urabstimmung ab. Jene Moskauer Konferenz vertrat nur einen kleinen Bruchteil des sozialistisch denkenden Proletariats. Es bedeutet im Hinblick darauf, daß das wirtschaftliche Schwergewicht für die nächsten Jahrzehnte nach England und den Vereinigten Staaten verschiebt, ein, gelinde gesagt, sehr starkes Selbstbewußtsein, von sich als von der „dritten Internationale“ zu sprechen, wenn die proletarischen Massen jener Länder nicht hinter dieser Internationale stehen. Eine Internationale hat doch nur dann Wert, wenn sie mehr ist, als ein schönrednerischer oder politischer Diskussionsklub. Wollen wir aufs neue in den alten Fehler verfallen? Eine Internationale nützt uns nur dann, wenn die internationalen Massen hinter ihr stehen. Andernfalls ist sie trotz allen radikalen Aufputzes ein leerer Popanz und keine praktische Kriegsmaschine im Befreiungskampf der Arbeiter. Die Massen erfüllt man nicht durch Gründung einer Konkurrenz-Internationalen mit revolutionärem sozialistischem Geist, sondern durch stete Aufklärung in dem politischen Leben der Länder. Nicht, weil wir eine neue Internationale haben, bekommen wir die Massen und mit ihnen die Weltrevolution. Nein, umgekehrt: haben wir die Massen, dann kriegen wir auch die Internationale, die wir brauchen. Ob zweite, dritte oder vierte, daran liegt nichts. Das Entstehen einer wirklich brauchbaren Internationale erfordert Zeit, setzt einen gewissen Reifezustand der sozialistischen Bewegung voraus. Diese Periode abzufürzen, liegt nicht in der Hand einer Partei oder eines Parteitag. Wenn ihre Zeit da ist, werden wir auch die richtige Internationale haben.

In Moskau hatte man diese Erkenntnis nicht. Man beschloß dort Richtlinien für die dritte Internationale. Diese gehen von der grundlegenden Voraussetzung aus, der Kapitalismus der ganzen Welt sei durch den Krieg zusammengebrochen. Wörtlich:

„Der imperialistische Krieg verwandelte sich in den Bürgerkrieg. Die neue Epoche ist geboren. Die Epoche der Auflösung des Kapitalismus, seiner inneren Zersetzung ist da. Die Epoche der kommunistischen Revolution des Proletariats ist angebrochen.“

Für Männer wie Lenin und Trozki ist das ein ungewöhnlich kurzfristiger Blick. Zusammengebrochen ist vorläufig nur der russische Kapitalismus. In Deutschland schon ist er verdammt fest im Sattel. In Frankreich und England ist er so stark, daß er dem russischen Kommunismus seit Monaten einen erbitterten Krieg liefern kann. In Amerika und Japan feiert er wirtschaftliche Orgien gewaltigster Art. — Die Richtlinien lehnen dann weiter die parlamentarische Regierungsform ab und fordern an Stelle der Demokratie die Rätediktatur. Um dahin zu kommen, soll das Proletariat den gesamten staatlichen Apparat zertrümmern und an dessen Stelle seinen eigenen Herrschafts- und Verwaltungsapparat aufrichten. Das lieft sich sehr schön und klingt recht „revolutionär“ und „tapfer.“ Aber in die Tat umgesetzt, bedeutet es den Hunger- und Tod von Hunderttausenden Frauen und Kindern, bedeutet das gegenseitige Abwürgen von zehntausender kräftiger Männer, deren Arbeitskraft einen großen wirtschaftlichen Wert hat. Es bedeutet die Vernichtung des wenigen Wohlstandes, den der Krieg dem flecken Europa gelassen hat. Nie darf außer Acht gelassen werden, daß dies alles die Arbeiterklasse am schärfsten trifft. Denn Dreiviertel des Volkes bestehen aus Arbeitern. Bricht das Chaos herein, dann leidet die Arbeiterklasse zuerst und in stärkstem Maße.

Mit welchem Recht maßt das bisher so rückständige agrarische Rußland sich an, dem unendlich höher stehenden westeuropäischen Proletariat seine künftigen Kampfmethoden vorzuschreiben? Die Wege der Arbeiterchaft zu ihrem Ziel: Eroberung der politischen Macht werden sehr verschieden sein. Eine ganze große Skala von Kampfmitteln steht ihr zu Gebot. Von der einfachen Protestresolution und der Beeinflussung der Öffentlichkeit durch Presse und Versammlung über Straßendemonstration und Generalstreik bis zum bewaffneten Aufstand und zur Massenfüllung und unbelebter Volksfeinde ist eine lange Stufenleiter. Die Arbeiterchaft wird ihre Mittel nach Zeit und Umständen wählen. Daß sie das verzeufelste zuerst und nur das wählen soll, ist eine Methode, die uns zu asiatisch erscheint und die wir

daher ablehnen. Für Rußland mochte sie nötig sein. Für West- und Mitteleuropa dürfte eine andere Form des Kampfes angemessener zum Ziel führen.

Um nun in Deutschland die „proletarische Revolution“ herbeizuführen, beschloß man in Moskau den Kampf gegen die — unabhängige Sozialdemokratie. Wenigstens ihre Spaltung soll versucht werden. Und wir haben noch vor wenigen Tagen gesehen, wie in Weimar die kommunistische Jugend uns schärferen Kampf als der Gefolgschaft Noskes ankündigte und die Spaltung der freien sozialistischen Jugend herbeiführte. Die kommunistischen Flugchriften und Zeitungen haben mehr als einmal unfähig niedrige Angriffe gegen unsere Genossen Haase und Kautsky gebracht. Daß sich an der kommunistischen Taktik nichts geändert hat, beweist der Brief an Bucharin, den wir in Nr. 6 der Volksstimme abdruckten. Solange die Kommunisten bei uns waren, bestand ihre Tätigkeit in fortgesetzten Zänkereien. Drei Tage vor der Nationalversammlungswahl forderten sie in Danzig die Arbeiter öffentlich durch Plakate zum Fernbleiben von der Wahl auf. Was sollen wir in der dritten Internationale? Etwa die Stiefelpulger der Spartakisten sein?

Wir können nicht nach Moskau gehen. Sollte der Parteitag dies beschließen, dann würde die politische Entwicklung diesen Beschluß sehr bald korrigieren. Den Heldenkampf der russischen Kommunisten verfolgen wir mit Bewunderung und arbeiten für unseren Teil an dem Siege der deutschen Arbeiterchaft in zäher Weise. Doch so wenig wie wir den Russen in ihre Taktik dreinreden, so wenig wollen wir uns von ihnen Vorschriften machen lassen. Wir verzichten darauf, uns von Leuten, denen die deutschen Verhältnisse fremd sind, Instruktionen zu holen, wie das die deutschen Kommunisten tun.

Wir können weder die aus den Trümmern zusammengesetzte zweite, noch die Moskauer dritte Internationale brauchen. Gegenwärtig muß unsere Aufgabe sein, in allen Ländern mit den uns nahestehenden Teilen der sozialistischen Parteien Verbindungen anzuknüpfen und diese über die Zustände der deutschen Arbeiterbewegung zu unterrichten. Die richtige Lösung wäre, wenn in Genf die deutschen Rechtssozialisten von der ferneren Zugehörigkeit zur Internationale ausgeschlossen würden. Dann würden vielen tausenden Arbeitern, die ihnen heute noch nachlaufen, mit einemmal die Augen aufgehen. Nicht wir unabhängigen Sozialdemokraten haben seinerzeit die Parteilosigkeit herbeigeführt. Wir lehnten sie ab und lehnten auch die Spaltung der Gewerkschaften ab, als wir, aus der alten Partei brutal hinausgeworfen, uns in einer neuen zusammenschlossen. Der Ausgang der Metallarbeiterverbandstagung zeigt die Richtigkeit unserer Taktik in der Gewerkschaftsfrage. Auch beim Problem der Internationale wird diese Taktik sich bewähren, wenn wir ihr Zeit lassen, die Kräfte zu entfesseln. Vom Genuß einer vorzeitig gepfückten Frucht kommt nichts als Bauchgrimmen heraus. Die Hauptsache für uns ist, die stärkste politische Partei Deutschlands zu werden. Bringen wir das zuwege, dann haben wir der kommenden wirklich sozialistisch handelnden Internationale ein gut Stück vorgearbeitet.

Die Arbeiterräte.

Von Gustav Heß.

Mehrfach begegnet man in den Reihen unserer eignen Parteigenossen der Auffassung, die Arbeiterräte wären auch nicht im Stande, bei der Befreiung der Arbeiterklasse den Platz anzufüllen, den man ihnen zugedacht hat. Dem gegenüber muß entgegengehalten werden, daß man den Kampf der Räte von anderen Gesichtspunkten aus betrachten soll. Wie liegen denn die Dinge in Wirklichkeit? Als im November 1918 die Arbeiterräte gebildet wurden, trankten sie vor allem daran, daß sie nicht in der Lage waren, aus eigener Initiative heraus den Weg zum Vertrauen der breiten Masse zu finden. Das lag zum Teil an den damals schwierigen Umständen, unter denen sie arbeiten mußten und auch jetzt noch arbeiten. Zu einem anderen Teil auch daran, daß als Arbeiterräte Personen gewählt wurden, die alles andere nur nicht Arbeiter räte waren. Von diesen Schlacken mußten sich die Arbeiterräte erst einmal befreien, um überhaupt aktionsfähig zu werden. Die Regierung und unsere Gegner haben es außerdem verstanden, die Arbeiterräte auf alle nur mögliche Art in der Öffentlichkeit zu diskreditieren und wo es ging, sie ganz verschwinden zu lassen.

Erst in letzter Zeit, als die Masse der Arbeiterchaft den Kampf um die Arbeiterräte gegen die Regierung energischer aufgenommen hat, erklärt sich diese bereit, die Arbeiterräte als Wirtschaftsräte beizubehalten. Dagegen muß mit aller Entschiedenheit von Seiten der Proletarier Front gemacht werden. Nicht, weil das Parteiprogramm es verlangt, sondern weil die Arbeiterräte das Bindeglied sind, um zur gegebenen Zeit die politische und die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse zu verknüpfen. Die Räte müssen gestützt durch das revolutionäre Proletariat, die Träger der künftigen Neugestaltung des Staates werden.

Davon abgesehen ist es aber auch Pflicht der Arbeiterräte, schon jetzt unter den gegebenen Umständen alles für die Arbeiterchaft herauszuholen, was zu holen möglich ist. Es ist ihre Aufgabe, sich mit allen kommunalen Verwaltungsorganen vertrat zu machen und auf Abstellung bestehender Uebelstände hinzuwirken. Die Verbesserung der schlechten

Wohnungsverhältnisse, die Ernährungs- und Brennstofffrage die besonders hier im Osten im Vordergrund steht, die Bekämpfung des Schleichhandels sind Gegenstände von besonderer Wichtigkeit.

Ähnlich wie bei den eigentlichen Arbeiterräten liegt die Sache bei den Betriebsräten. Allerdings wird diesen der Nationalversammlung vorliegende Gesetzentwurf bald bestimmte Form geben. Wie das Gesetz ausfallen wird, darüber besteht in unsern Reihen wohl kein Zweifel. Letzten Endes wird auch hier das revolutionäre Proletariat den Kampf gegen das Unternehmertum in weiter verschärftem Maße aufnehmen müssen.

Von Seiten der bürgerlichen Gesellschaftsklassen wird man wohl oder übel den Arbeiterräten Zugeständnisse machen müssen. Ebenso scharf aber, wie wir den Kampf nach rechts führen, muß dieser auch nach links gegen die Kommunisten gerichtet sein. Warum das geschehen muß, geht aus folgenden Erwägungen hervor. Die Kommunisten verkünden überall, wo sie Gelegenheit dazu haben, die Forderung ihres Programms: **Alle Macht den Räten.** Im Gegensatz dazu lautet unser Aktionsprogramm: **„Die U. S. P. stellt sich auf den Boden des Räteystems. Sie unterstützt dieselben in ihrem Ringen um die wirtschaftliche und politische Macht.“** Eine große Kluft trennt beide Forderungen. Das erkennt jeder, sobald er sie nur etwas eingehender prüft. Die der unabhängigen Partei trägt den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung, die der Kommunisten ist nichts als eine radikal klingende Phrase. Der Gebrauch jeder Waffe will erlernt sein und das Räteystem steht erst am Anfange seiner Entwicklung. Notwendig ist es, daß die Arbeiter sich überall weit mehr damit beschäftigen. Wenn diese Zeilen dazu beitragen, haben sie ihren Zweck erfüllt.

Politische Rundschau

Deutschland

Die Tätigkeit der antibolschewistischen Eigen in Braunschweig

Unsere Braunschweiger Genossen sind in den Besitz mehrerer Schriftstücke gelangt, welche von einer antibolschewistischen Zentrale in Hannover verfaßt waren. In diesen wird um Zuweisung größerer Geldmittel ersucht, um Propaganda gegen ein angesehenes unabhängiges Mitglied der Braunschweiger Landesversammlung zu machen.

In dem Schreiben wird ausgeführt, daß man die deutsche Arbeiterschaft aufklären müsse, daß die Zustände vor dem 9. November besser als jetzt seien, und daß die deutsche Arbeiterschaft sich bald nach den Fleischtopfen Wilhelms zurücksehen würde. Also gegenrevolutionäre Propaganda vom reinsten Wasser. Diese Zentrale behauptet aber weiter, daß ihre Tätigkeit mit Erlaubnis der Behörde ausgeübt werde.

Ferner führt dieses Schmutzbureau aus, daß es bereit sei, jedes namhaft gemachte Mitglied eines Arbeiterrats, eines Betriebsausschusses oder der U. S. P. durch Broschüren bei der Arbeiterschaft unmöglich zu machen. Verleumdung, Lüge und andere Gemeinheiten, das sind die Mittel zur Bekämpfung der U. S. P.

Sie richten sich ein

Nachdem nun die Demokraten das Schmolle aufgegeben und wieder in den Schoß des zentriert-rechtssozialistischen Reichskabinetts zurückgekehrt sind, gehen die Versuche zur Bewegung der Nationalversammlung munter weiter. Der erste Vorstoß Eberts nach Abschluß der Verfassung in Weimar mißglückte. Die Mehrheit der Nationalversammlung lehnte es ab, ihren Namen in Reichstag umzuändern. Das ist aber auch nicht nötig; denn Herr Fehrenbach, der Präsident, erklärte dieser Tage im Plenum nach der Erledigung des Uebergangs-Reichshaushaltsetats, der augenblicklich zur Debatte steht, würde wahrscheinlich Ende März der erste ordentliche Etat unter Berücksichtigung der neuen Steuergesetze der Nationalversammlung vorgelegt werden können. Man kann sich aber auch unter der alten Flagge recht lange vor der gefährdeten Neuwahl drücken.

Das die Absicht besteht, die N.-V. möglichst noch jahrelang bestehen zu lassen, geht auch aus der Aufstellung des Reichstagesetats hervor, der dieser Tage zur Beratung kommt. Bisler waren im Notetat die Aufwandsentschädigungen für die

Mitglieder bei den „Einmaligen Ausgaben“ eingestellt. Das hat sich nunmehr geändert. Der neue Etat stellt die Diäten bereits unter dem Titel „Fortdauernde Ausgaben“ ein und begründet dies Einrichten auf eine lange Legislaturperiode mit dem Hinweis darauf, daß die Nationalversammlung auf Grund der neuen Verfassung bis zum Zusammentritt des ersten Reichstages als „Reichstag“ fungieren solle.

Wir denken, der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung wird den Anhängern dieser bequemen Politik einen dicken Strich durch ihre Zukunftsrechnungen machen.

Aus der Nationalversammlung

Der neue Militarismus stand in der Sitzung am 19. Oktober auf der Tagesordnung. Die Beratung des Militär-etats wurde eingeleitet durch den Abg. Marokky. Er hält eine begeisterte Rede auf den neuen Militarismus und verlangt dementsprechend, daß die Leute höher bezahlt, besser verpflegt und besser bekleidet werden; daß die Offiziere durchaus monarchische Gesinnung haben, das stört den Herren nicht. Er findet das durchaus natürlich und ist damit zufrieden, denn er ist überzeugt, daß sie gewaltam die Verfassung nicht umstürzen werden. Der Redner, der durch seine auf den reaktionären Ton gestimmte Rede auf lärmenden Widerspruch und lange Unterbrechungen auf der Seite der Rechtssozialisten stieß, bekennt sich weiter als Gegner der sozialistischen Regierung. Eine sozialistische Oppositionspartei hält er für ganz wünschenswert, aber Sozialisten in der Regierung sind ihm ein Greuel. — Es folgt der rechtssozialistische Abgeordnete Stücklen. Man merkt es seiner Rede an, daß sie zum guten Teile von der Regierung inspiriert ist. Er berührt Themen, auf deren Beantwortung sich die Regierung präpariert hat. Zum Teil gibt er auch gleich von sich aus die entschuldigende Antwort auf seine bescheidenen Kritik. Daß er auch auf die monarchischen Offiziere losschlägt, ist Blendwerk und soll nach außen vorbeugen, als hätten die Rechtssozialisten immer noch etwas von dem alten Geiste an sich. Freilich gibt es selbst unter den rechtssozialistischen Abgeordneten naive Leute, die Stücklens Kritik ernst nehmen. So ertönt bei den Ausführungen über die monarchischen Offiziere unter allgemeinem Gelächter aus rechtssozialistischen Reihen der Ruf: „Gustav, werde hart!“ — Die Heiterkeit pflanzt sich auch auf die Regierungsbänke fort. Die dort zahlreich vertretenen Offiziere wissen sehr genau, daß sie solches Hartwerden nicht zu fürchten haben. — Der Konservative von Graefe, bekannt durch seine scharfen Attacken, die er gegen die Regierung reitet, bringt das Haus wieder in große Aufregung. Er zieht kräftig vom Leder und nimmt sich in der Kennzeichnung der Zeitungsverbote und der sonstigen Regierungstätigkeit kein Blatt vor den Mund. Der Umstand, daß sowohl Marokky wie von Graefe in den Hauptteilen ihrer Ausführungen gegen die Regierung sich wandten, gibt der Debatte eine Wendung, die sie sonst wahrscheinlich nicht genommen hätte. Die Regierung muß sich in ihrer Antwort fast ausschließlich gegen rechts wenden. Noske erwähnt in seiner Rede kaum flüchtig die Opposition von links. Er sowie Dr. David, der ihm am Rednerpult folgt, halten so eine Art Generalabrechnung mit den Konservativen. Dr. David nahm es auf sich, die Schuld der Konservativen am Kriege und seinen Ausgang festzustellen und zu verdeutlichen, daß die Rechtssozialisten den Frieden unterzeichnet haben. Wenn er sich auch in der Form immer gegen die Konservativen wandte, waren seine Ausführungen doch unverkennbar von der Absicht getragen, die rechtssozialistische Politik während und nach dem Kriege als einwandfrei hinzustellen. — Genosse Roenen, der namens der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion spricht, stellt die Wahrheit wieder her und betont nachdrücklich, daß die Rechtssozialisten eben so viel Schuld an der Verlängerung des Krieges haben, wie die anderen Parteien. Die Besprechung geht weiter.

Ein voller Sieg der Arbeiter in Bitterfeld

Das Mitglied des Bezirks-Arbeiterrates Halle und das Mitglied des Betriebsrates der Grube Leopold bei Bitterfeld, Genosse Rauchs, der am 25. Oktober von Noske-Offizieren verhaftet war, ist am Dienstag mittag wieder freigelassen worden. Die Arbeiterschaft des Bitterfelder Reviers, mit der sich die gesamte Arbeiterschaft Mitteldeutschlands solidarisch erklärt hatte, hatte die Freilassung des Genossen Rauchs kategorisch verlangt. Der feste Wille der Arbeiterschaft, der Vertreter des Räteystems, hat seine Wirkung ausgeübt. Darauf-

hin ist man zurückgewichen und die Noskiden, die in einer Stärke von ungefähr 1000 Mann mit Maschinengewehren, Kanonen und Minenwerfern auf Bitterfeld angelockt waren und die Grube besetzt hatten, sind gänzlich zurückgezogen worden.

Die technische Nothilfe, die auf Grube Leopold ihr Probestückchen ablegen sollte, hat gänzlich versagt. Diese organisierte Streikbrecherbande hat sich völlig unfähig erwiesen, einen komplizierten Betrieb aufrecht zu erhalten. Sie hat durch ihre Unfähigkeit den größten Schaden im Betrieb angerichtet. Uebrigens stellte sich jetzt heraus, daß die Absperrung der Kraft- und Lichtversorgung Bitterfelds wahrscheinlich von der Werksleitung der Grube Leopold selbst vorgenommen worden ist. Erhebungen darüber sind im Gange.

Rechnet da jemand auf eine Verurteilung?

Die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet: Der Attentäter Boß, der den Anschlag auf Haase verübte, befindet sich im Untersuchungsgefängnis in Moabit. Die Untersuchung auf seinen Geisteszustand wird veranlaßt werden. Die Auflage lautet auf „versuchten Totschlag“. Die weiteren Benennungen des Attentäters müssen den Eindruck verstärken, daß es sich nicht nur um einen geistig minderwertigen, sondern sogar um einen geistig gestörten Menschen handelt.

Liebknichts und Rosa Luxemburgs und Eisners Mörder waren „geistig minderwertig“. Soll das bei Haases Mörder anders sein?

Großbritannien

Die Bergarbeiterbewegung in England

Am 9. Oktober hat in London eine äußerst wichtige Besprechung zwischen Lloyd George und der Leitung des Bergarbeiterverbandes stattgefunden. Die englischen Bergarbeiter wollten einen definitiven Bescheid haben, wie die Regierung sich zur Rationalisierung der Bergwerke stelle. Lloyd George hat sich nicht entschließen können, ihren Wünschen entgegenzukommen, und das ist nur zu natürlich. Die Zusammenfügung der Koalitionsregierung bedingt mit Naturnotwendigkeit die Ablehnung aller prinzipiellen Forderungen, die auf eine vollkommen veränderte Grundlage des Industriesystems hinauslaufen. Daß die Entwicklung jedoch eher Koalitionsregierungen stützen als festentschlossene Arbeiterorganisationen zu einer Umkehr bewegen wird, scheint auch Lloyd George zu ahnen. Denn nur so läßt sich seine Anebenung verstehen, daß nur bei allgemeinen Wahlen eine Regierung genommen werden könne, die die Bergarbeiterforderungen bewilligen könne.

Lloyd George wiederholte das frühere Anerbieten der Regierung, das statt der Rationalisierung des Kohlenbergbaues folgende Konzeptionen vorschlag: 1. Staatliches Verkaufsrecht von Bergrechten. 2. Ein Teil des Kaufgeldes wird zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen verwandt. 3. Kein Verkauf von Bergwerken. 4. Einsetzung von Grubenkommissionen und Beförderung von Arbeitern zu Aufsehern, die die Sicherheitsfragen zu erledigen haben, jedoch keine Befugnis besitzen, in die geschäftliche Leitung einzugreifen.

Diese Bedingungen konnten die Bergarbeiter nicht befriedigen, und sowohl Robert Smillie wie Frank Hodges erklärten dem Premierminister rund heraus, daß der Regierungsvorschlag ihrer Ansicht nach direkt schädlich sei, sowohl für die Interessen der Arbeiter wie für die der Allgemeinheit.

Interessant ist, daß die Bergarbeiter die Frage Lloyd Georges, ob sie lieber unter dem alten System arbeiten würden als unter dem neuen von der Regierung vorgeschlagenen, wenn die Rationalisierung nicht durchgeführt würde, mit ja beantworteten. Diese Antwort wird natürlich von Lloyd George in der Öffentlichkeit ausgenutzt werden, aber Smillie beeilte sich, sogleich die Gründe auseinanderzusetzen, weshalb die Bergarbeiter zu dieser Haltung kommen. Er sagte darüber zu einem Interviewer von „Daily Herald“, der einzigen sozialistischen Tageszeitung:

„Wir haben drei Einwendungen gegen den Regierungsvorschlag: 1. Er stellt ein System vereinigter Minengruppen auf, die gemeinsam durch Arbeiter und Privatkapitalisten kontrolliert werden, die jedoch herausfinden könnten, daß ihr vereinigtes Interesse wichtiger sei als das Interesse des Publikums, und diese Gruppen könnten und würden höchstwahrscheinlich sich zu Bergwerkstrufts entwickeln, die das Interesse der Nation sehr rasch aus den Augen verlieren.“

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

91

„Ungarischer Staatsangehörigkeit?“

„Ja.“

„Sie sind Maler?“

„Ja.“

„Porträt?“

„Genre und Porträt.“

„Seit wann in Berlin?“

„Seit drei Jahren.“

Der Maler sprach mit der bekannten eigenartigen Sprach-

färbung der deutsch redenden Madjaren.

„Sie wohnen in der Lessingstraße 80?“

„Ja.“

„Haben dort auch Ihr Atelier?“

„Ja.“

„Wo haben Sie die Herta Heder kennen gelernt?“

„Auf der Straße.“

„Fräulein Heder wohnt in ihrer Nachbarschaft. Hat das Mädchen Sie auf der Straße angesprochen?“

„Nein. Ich habe das Fräulein angesprochen. Ich bin Porträtkist und war von der Erscheinung der Dame auf den ersten Blick fasziniert.“

Der Staatsanwalt sprang auf.

„Ich muß an den Zeugen die Frage richten, ob er die deutsche Sprache auch sicher beherrscht. Er sagt hier unter seinem Eide ans. Seine Aussage ist für die ganze Sache von höchster Wichtigkeit, von entscheidendem Wert. Ich würde darauf dringen, daß der gerichtliche Dolmetscher zugezogen wird, falls Herr Lokatos, wie es den Anschein hat, die deutsche Sprache nicht vollkommen beherrscht.“

Der Zeuge erwiderte: „Ich beherrsche die deutsche Sprache in dem Maße, daß ich meine Aussage ohne Dolmetscher machen kann und mit meinem Eide entschieden für sie einzustehen in der Lage bin. Ich begreife nicht, was den Herrn Staatsanwalt dazu veranlassen kann, meine Kenntnisse des Deutschen so in Zweifel zu ziehen. Ich habe von Kindheit auf deutsch gesprochen.“

„Diese Aufklärung kann ich dem Zeugen auf der Stelle geben.“ warf Jordan ein. „Er nannte hier die Zeugin Heder eine „Dame“. Das ist wohl nicht die richtige Bezeichnung für dirnenhafte Frauenleute, die für sechs Mark feil sind, wie der Zeuge Steffens soeben hier bekundet hat.“

Mit einem raschen Seitenblick streifte Jordan das Gesicht der Heder, wie um zu erproben, welche Wirkung dieser Hieb auf sie ausübte. Sie blieb fast regungslos, in ihrem halb-abgewandten Gesicht konnte Jordan nur sehen, wie der üppige Mund sich herb zusammenpreßte. Dahingegen fuhr der ungarische Maler auf, als habe er selbst den Schlag bekommen. Er zuckte zusammen, seine Fäuste ballten sich, und in seinem jetzt erdfahnen Gesichte zeigte sich ein solcher Ausdruck des Leidens, daß es den Vorstehenden rührte. Er griff ein.

„Augenscheinlich“, sagte er, „hat der Herr Zeuge die Herta Heder von einer besseren Seite kennen gelernt.“

„Das kann man gleich feststellen.“ warf Jordan ein. „Will der Zeuge Lokatos unter seinem Eide etwa bekunden, daß seine Beziehungen zu der Heder rein platonische oder künstlerische waren, so daß sie ihm nur als Modell etwa gedient hat? Oder ist es nicht im Gegenteil wahr, daß auch dieser Zeuge mit der Heder intimen Verkehr gehabt hat?“

Der Maler biß sich die Lippen blutig und blieb stumm.

„Antworten Sie, Zeuge“, rief Jordan. „Haben Sie mit der Heder Verkehr gehabt oder nicht?“

„Ja“, sagte Lokatos tonlos.

„Na — da haben wir's also. Es war ja doch von vornherein sonnenklar. Denn daß das Mädchen nach elf Uhr abends, gewohnheitsmäßig, wie erwiesen ist, am Hansaplatz auf den Zeugen wartete, mit ihm nach Hause ging, wie gleichfalls feststeht, um etwa ästhetische Probleme in der Wohnung des Herrn mit diesem zu erörtern — das ist wohl ausgeschlossen. Sie haben die Heder auch jedesmal bezahlt? Nicht wahr?“

„Nein!“ schrie der Maler. Es klang wie ein Aufschrei der Wut und der Empörung.

„Ich bitte Sie, ruhig zu bleiben“, mahnte der Vorstehende.

„Haben Sie dem Mädchen gar keine materielle Hilfe zugewendet?“

„Sie bekam von mir monatlich etwas.“

„Wieviel?“

„Zwei- bis dreihundert Mark.“

„Haben Sie davon Ihrer Mutter etwas abgegeben, Herta Heder?“ fragte der Staatsanwalt.

Der Verteidiger erhob sich rasch. „Ich mache die Zeugnis darauf aufmerksam, daß sie die Aussage über diesen Punkt verweigern kann.“

„Ich verweigere sie“, sagte das Mädchen, ohne aufzublicken.

„Genügt mir vollkommen“, warf Jordan ein, während er eilig Notizen schrieb.

Der Verteidiger stand auf. „Ich möchte eine Frage an den Zeugen richten. Hatte er in seinem Verkehr mit Fräulein Heder den Eindruck, mit einer ganz gewöhnlichen Person zu verkehren? Hatte das Mädchen bei näherer Bekanntschaft das Benehmen einer Dirne?“

Es leuchtete auf in den dunklen, schönen Künstleraugen. Ein Schimmer von Beklärung ging über die blassen Züge, die sich nun langsam röteten. Es war etwas wie Freude und Dank in seiner zitternden Stimme, Dank und Freude über diese erlösende Frage, die den Maler endlich in stand setzte, für die hartbedrängte Geliebte, für das schwer beschimpfte Mädchen einzutreten.

„Nein!“ rief er aus, und seine Stimme klang voll und warm, „nichts — nichts hatte Herta von einer Dirne. Ihre Hingebung war rein und — und — keusch.“ Leise sprach er das Wort, als entweiche er ein Geheimnis. „Ich habe nie ein unanständiges Wort — nie eine häßliche Bemerkung von Herta gehört. Nie forderte oder verlangte sie etwas von mir. Ich hatte das süße Gefühl, ihre ganze Neigung zu besitzen — als ein Geschenk zu besitzen — als eine freie Gabe, die Neigung und Sympathie mir zuwandten — nichts anderes. Was ich ihr gab, mußte ich ihr aufdrängen. Nur langsam konnte ich sie daran gewöhnen, die monatlichen Zuwendungen, die ich in einem Kuvert unter ihren Teller zu legen pflegte, von mir anzunehmen.“

„Wie lange hat dieser Verkehr gedauert?“ fragte der Vorstehende.

„Vier Monate.“

„Und er dauert noch jetzt an?“

„Ja.“

„Glaubt der Zeuge, daß die Heder ihm in dieser Zeit treu gewesen ist?“ warf Jordan ein.

„Das weiß ich.“

(Fortsetzung folgt.)

2. Die Löhne, die von den vereinigten Gruppen gezahlt werden müssen, ob Gewinne erzielt würden oder nicht, würden von der Gruppe abhängen, in der sie aufgestellt würden. Es ist begreiflich, daß es in einer Gruppe möglich wäre, zwei oder drei Schilling höhere Löhne zu zahlen als in einer anderen, infolge besserer natürlicher Bedingungen. Das würde selbstverständlich die Organisation der Arbeiter in Städte spalten.

3. Wir sind überzeugt, daß die Nationalisierung unvermeidlich ist, und diese Aufstellung des vereinigten Gruppensystems würde nur die Verwirklichung der verständigen Aktion verzögern, die das Land in den nächsten Jahren zweifellos unternehmen wird."

Smillie sagte dann weiter, daß er persönlich die Nationalisierung vor allem im Interesse der Sicherheit der Arbeiter verlange. Ich bin der Ueberzeugung, daß der Privatprofit bei der Kohलगewinnung mehr Unfälle und mehr Todesfälle der Arbeiter bedeutet. Unter einem vereinigten Gruppensystem, wie es die Regierung vorzieht, wird aber der Profit weiter der Hauptfaktor bleiben, und wir brauchen nicht zu erwarten, daß es bei diesem System größere Sicherheit für die Arbeiter geben wird. Smillie hatte keinen anderen Ausgang von der Unterredung mit der Regierung erwartet. Bei den allgemeinen Wahlen müsse man das Publikum vor die Wahl stellen, entweder der Regierung oder den Arbeitern zu folgen. Die Interessen der großen Allgemeinheit liegen aber sicher in einer Linie mit denen der Arbeiter.

Sobald die nach Washington entsandten Arbeitervertreter Buning, Bowermann und Sexton zurück sind, also etwa Mitte November, wird ein großer Gewerkschaftskongreß einberufen werden, der sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen hat. Zweifellos werden die nächsten Wahlen vollkommen im Zeichen der Arbeitskämpfe stehen. Dabei ist von Interesse, daß bei der letzten Nachwahl, die kurz nach Beendigung des Eisenbahnerstreiks stattfand, die Zahl der Arbeiterstimmen sich verdoppelte, während die der Bürgerlichen stark zurückgingen. Wenngleich die Arbeiterpartei den Sitz nicht erringen konnte, ist die Nachwahl doch ein Beweis dafür, daß der Eisenbahnerstreik die Sympathien der großen Masse für die Arbeiterbewegung nicht verringert hat, daß im Gegenteil die Arbeiter mehr und mehr die Notwendigkeit einer scharfen Arbeiterbewegung einsehen.

In und um Elbing

Unser Kommunalprogramm

Unseren Forderungen an den Staat folgen die an die Gemeinden. Wir verlangen bezüglich der Aufbringung der Mittel: a) durch Steuern: Steuern sind nur zu erheben als progressiv gestaffelte Zuschläge zu denjenigen Steuern des Reiches oder Staates, welche Einkommen, Vermögen oder Erbschaft treffen, ferner Grundsteuer, Gebäude- und Bauplatzsteuer, wobei durch ausreichende Wohnungsfürsorge die Ueberwälzung auf den Mieter verhindert werden muß. Andere Steuern kommen nur insoweit in Betracht, als sie die minderbemittelte Bevölkerung nicht belasten. b) durch Gemeindebetriebe: Gemeindebetriebe dürfen nur, soweit sie nicht allgemein notwendigen Bedürfnissen dienen, Preise oder Gebühren berechnen, bei denen Ueberschüsse erzielt werden.

Das bedeutet, daß die Gemeindesteuern auf die leistungsfähigen Schultern gelegt und daß die Gemeinden zum Eigenbetrieb von Unternehmungen weit mehr als bisher übergehen sollen. Durch Steuern allein können die Gemeinden ihre Ausgaben nicht decken. Sie müssen selber werbende Unternehmungen schaffen. Es ist durchaus möglich, daß z. B. die Stadt Elbing eine moderne Straßenbahn bauen und betreiben oder die Löserischen Zigarrenfabriken übernehmen kann. Der Gewinn, den hier Berliner Großkapitalisten aus Elbing und seiner Bevölkerung herausziehen, kann der Stadt selber zufließen. Und ebenso lassen sich weitere Fabrikationszweige finden, in denen die Betätigung der Stadt möglich ist. Selbstverständlich ist, daß die Stadt in ihren Betrieben keine Hungerlöhne zahlt. Wenn sie anstatt veralteter kamerarischer Grundsätze kaufmännische Regeln anwendet und zugleich in der Stadtverordnetenversammlung mit dem Dreiklassenwahlrecht der Bureaokratismus ausgefegt wird, werden die städtischen Betriebe trotzdem gewinnbringend sein.

Der Mann mit der Dornenkrone

In ihrer gestrigen Donnerstagnummer stimmt auch die Elbinger Volkszeitung in den Jammerchor der Volkswacht über die Kündigung des Danziger Polizeipräsidenten durch die dortigen Metallarbeiter ein. Stromweis fließen die Krotobilstränen:

Nichts muß jeden ehrlichen Arbeiterfreund so sehr empören, wie der unabhängige Terror, der unsere Genossen, die in den Gewerkschaften angestellt sind, schonungslos aufs Pflaster wirft, weil sie nicht ihrer Ueberzeugung untreu werden. Ein besonders skandalöser Fall dieser Art hat sich am Sonnabend in Danzig ereignet. Ganz Deutschland zittert im nationalen Schmerz um das Schicksal der alten Weichselstadt. Alle Danziger, die sich noch die Spur eines Gefühls für den Zusammenhang mit ihren deutschen Brüdern bewahrt haben, bangen den Tagen entgegen, wo sie von ihrem Vaterlande gerissen werden sollen. Die Unabhängigen brüten aber gerade in dieser Stadt, deren Schicksal ein Weltmonument für die Verflawung Deutschlands infolge des unglücklichen Ausgangs des Weltkrieges darstellt, Rache gegen diejenigen, die durch ihre Politik der Volksverteidigung ihre Heimat vor dieser schändlichen Erniedrigung bewahren wollten. Am Sonnabend hat man deshalb in der Danziger Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes ein Lynchgericht über den Genossen Früngel, den Kassierer der Danziger Ortsverwaltung, abgehalten, weil er kommunistischer Polizeipräsident Danzigs geworden ist. Trunken von ihrem großen Stuttgart "Siege", wollten die Unabhängigen und Kommunisten auch in Danzig ihre "revolutionäre" Größe bekunden. Und deshalb kündigte man Früngel schonungslos. Graue Haare zieren den Mann, dem gegenüber diese Schandtat begangen wurde, nicht allein eines Alters wegen. Die Königsberger und Elbinger Metallarbeiter wissen, wie aufopfernd Früngel gerade in Ostelbien für die Gewerkschaft gearbeitet hat. Ein anderer, der nicht so unbedrossen, unter Aufopferung aller Ansprüche an das Leben, gearbeitet hätte, hätte sich hier unmöglich durchsetzen können. Früngels Unermüdblichkeit, die auch das Gefängnis nicht scheute, schuf zum guten Teile überhaupt erst die Metallarbeiterorganisation im Deutschen Osten. Nun haben ihm Leute dafür gedankt, die völlig

unfähig dazu sind, den Idealismus auch nur zu begreifen, der zu solchen Taten fähig macht. Wie muß es wohl seelisch auf den Mann wirken, der wegen seiner Pflichttreue solchen Dank erhält? Doch auch die Dornenkrone des Märtyrers ist ein stolzer Schmuck. Und alle diejenigen, die Märtyrer schufen, haben es bitter büßen müssen. Das werden auch die Folterknechte der unabhängigen Inquisition noch erfahren müssen. Zunächst dürfte sich aber Frau Käthe Leu, die stets gefühlsstark begeisterte Führerin der Danziger Unabhängigen, die schöne Gelegenheit nicht entgehen lassen, am Falle Früngel die ideale Vollkommenheit ihrer Partei gegenüber der Erbärmlichkeit der Sozialdemokratie zu beweisen.

Ob bei diesem Gefühlserguß nicht ein gewisser dienstbarer Geist namens Brennabor mitgeholfen hat? „Niemand kann zweien Herren dienen.“ Wenn der Polizeipräsident auf dem Präsidium wirklich zu arbeiten hat, vermag er natürlich im Metallarbeiterbureau nichts zu schaffen. Oder saß er dort als Ausgedingter, der nur das Gehalt bezog? — Das arme Terrorismusopfer! Wissen die Elbinger Mehrheitssozialisten nichts davon, daß während des Krieges Genosse Schröder, der Redakteur der Volkswacht schonungslos von ihren Danziger Freunden aufs Pflaster gesetzt wurde, weil er seine Ueberzeugung nicht verleugnen wollte? 1 1/2 Jahre ist Schröder in schlimmster Weise drangsaliert. Seine Briefe wurden gebrochen, dreimal ist er gefänglich worden. Etwa 280 Mark Gehalt ist die Volkswacht Schröder noch heute schuldig. Und Schröder hatte drei kleine Kinder. Die Leute, die sich in ruppigster Weise bewegt haben, stellen sich als Opferlämmer hin. Köstlich. Der Früngel von früher war ein anderer als der heutige. So muß er auch eine andere Behandlung erwarten. Das greinende Krotobil aus der Wilhelmstraße sollte etwas mehr Logik anstelle seines übergroßen Gefühls zu setzen versuchen.

Das Problem der Internationale

Auf dem Leipziger Parteitag wird die Frage des künftigen internationalen Zusammenschlusses der Arbeiter die wichtigste sein. Wir haben über diesen Gegenstand bereits mehrere Artikel gebracht, in denen wir die verschiedenen Ansichten für sich sprechen ließen. Den Artikeln der Genossen Geyer und Schröder soll eine Artikelserie des Genossen Crispian folgen. Crispian erörtert in drei Aufsätzen das Problem. Wir bitten unsere Freunde an dieser Stelle dringend, alle diese Ausführungen recht eingehend zu prüfen. Kommunisten wie Rechtssozialisten erwarten von der Diskussion über die Internationale eine innere Krisis, womöglich gar die Spaltung unserer Partei. Wie sehr verkennen sie das Wesen der Unabhängigen Sozialdemokratie! Wir hoffen, daß die Leipziger Debatten einen anderen Ausgang nehmen und der Partei neue Werbekraft verleihen werden. Mögen die Genossen das in der Volksstimme gebotene Material recht eingehend als Unterlage für Aussprachen in den Vereinsversammlungen benutzen. Der erste Crispianartikel: „Die ökonomische Struktur der heutigen Gesellschaft“ erscheint Sonnabend. Zwei andere, „Ziel und Grundsätze der neuen Internationale“ und „Sozialrevolutionäre aller Länder, vereinigt euch“ folgen Montag und Dienstag.

Schwerer Unfall

Am gestrigen Abend gegen 11 Uhr ereignete sich auf dem Kleinen Exerzierplatz ein schwerer Unfall, dem unser Genosse Kranz mit zum Opfer fiel. Ein Bestzer holte Genossen Kranz zu einer Entbindung aufs Land. Der Wagen geriet in die auf dem Platz liegenden Eisenbahnschienen. Das Pferd scheute und ging durch. Dabei wurde der Wagen völlig zertrümmert und beide Insassen herausgeschleudert. Der Bestzer erlitt innere Verletzungen. Dr. Kranz trug bei dem Unfall schwere Kopf- und Armwunden davon.

Neht Solidarität!

Der Vorstand des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren, Zahlstelle Elbing, appelliert an das Solidaritätsgefühl der arbeitenden Klasse. Wie ja der Dessenlichkeit bekannt sein dürfte, steht unsere Organisation mit den hiesigen Arbeitgebern in Lohnverhandlungen. Der alte Tarif, der bis zum 1. Oktober d. Js. lief und Wochenlöhne von 55, 65 und 70 Mark vorsah — das sind in Stundenlöhne umgerechnet 1,15 Mk., 1,35 Mk. und 1,65 Mk. — ist von uns gefündigt worden, was wohl jeder verständige Mensch verstehen wird, wenn man sich die heutigen Zeitverhältnisse vor Augen führt. Nicht aber so die Bäckermeister. Trotzdem sie jede Preiserhöhung ihrerseits mit „erhöhten Löhnen“ begründen, haben die Gefellen bis jetzt noch wenig davon gemerkt, daß ihre Löhne so riesig in die Höhe gegangen sind. Im Gegenteil, die alten Löhne, wie sie solange bestanden, konnten den Arbeitgebern auch nur dadurch abgerungen werden, daß die Stadtverwaltung sich bereit erklärte, einen Teil des Lozes aus städtischen Mitteln beizusteuern. Nun kamen wir mit der neuen Lohnforderung. Diese schlug bei den Arbeitgebern wie eine Bombe ein, trotzdem die Stadtverwaltung sich wiederum bereit erklärte, zwei Drittel der Forderung auf sich zu nehmen und von den Arbeitgebern nur ein Drittel getragen werden durfte, erklärten die Bäckermeister uns schlankweg, daß sie aus ihrer Tasche auch nicht einen Pfennig bewilligen würden. Wir sollten nur ruhig streiken, die Meister würden auch ohne ihre Gefellen mit der Arbeit fertig werden. Wir leichtsinnig von seiten der Arbeitgeber manchmal ein Streik heraufbeschworen werden kann, das sieht man an diesem Schulbeispiel. Und was ein Bäckerstreik unter Umständen für Folgen zeitigen könnte, das sollten sich die verantwortlichen Stellen wohl selber ausmalen können. Unsere Forderungen sind sehr bescheiden. Wir verlangen Wochenlöhne von 75, 85 und 100 Mark, das sind in Stundenlöhne umgerechnet 1,55, 1,75 und 2,10 Mark. Beharren die Arbeitgeber auf ihrem Standpunkt, so ist ein schwerer Konflikt unausbleiblich. Die werktätige Bevölkerung Elbings kann ersehen, daß das Recht auf unserer Seite ist. Wir sind entschlossen, wenn es nicht anders sein kann, auch zu dem Streik als äußerstem gewerkschaftlichen Kampfmittel zu greifen, um unsern Berufsangehörigen das zu sichern, auf was heute doch jeder Mensch ein Anrecht haben sollte, das Recht, als Menschen unter Menschen leben zu können. Wir werden die Dessenlichkeit über den weiteren Verlauf unserer Lohnbewegung auf dem Laufenden halten. Die Beauftragten des Bäckerverbandes.

Elbinger Polizeinachrichten

Am 27. d. Mts., 12 Uhr mittags, wurde an der Eisenbahnbrücke die Leiche eines zirka 70 Jahre alten Mannes ge-

funden. Der Tote hatte keine Papiere bei sich. Bekleidet war er mit einem getreiftten Jackett, Weste, Hose, blauer Unterjackete, grauen Strümpfen und Schnürstiefeln. Besonderes Erkennungszeichen: an der linken Hand fehlt der kleine Finger. Nähere Angaben sind der Kriminalabteilung erwünscht.

Durch Mitglieder des hiesigen Arbeiterrats und der Bahnhofswoche wurden 2 Männer festgenommen, die einen schweren Korb trugen. Bei der Revision stellte es sich heraus, daß in dem Korb ca. 50 Pfund Rindfleisch enthalten waren, das nach Berlin verschoben werden sollte. Einem der Festgenommenen gelang es, zu entfliehen.

Ostdeutsche Nachrichten

Westpreußens und Posen's Ueberreste

Die preußische Regierung hat neue Provinzial-, Städte-, Kreis- und Gemeindeordnungen ausgearbeitet, die in den nächsten Tagen der Landesversammlung zugehen werden. Ueber die neue Provinzialordnung erfahren wir aus Berlin:

Das preußische Staatsministerium hat folgender Neueinteilung der preußischen Provinzen zugestimmt, die nach der Ratifikation des Friedensvertrages in Kraft tritt: Die östlich der Weichsel liegenden bisherigen Gebiete Westpreußens fallen an Ostpreußen. Zu Schlesien fallen der Kreis Graudenz einschließlich einiger Gemeinden des Kreises Bomst, zu Pommern fallen die Kreise Neustadt, Schlochau, Flatow, Deutsch Krone, Filehne, Schneidemühl, Kolmar, Czarnikau (Reste der Ostmark), zu Brandenburg fallen die Kreise Schwerin (Warthe), Meseritz und Bomst (letzterer soweit er nicht zu Schlesien gehört). Von Brandenburg losgelöst wird als besondere Provinz der ganze Bezirk des neuen Groß Berlin, sobald dieser genau feststeht. Auch die übrigen Provinzen erfahren Änderungen. Preußen wird in Zukunft also mit Groß Berlin 12 Provinzen zählen. Die Namen Westpreußen und Posen verschwinden ganz, die Bildung einer neuen Provinz Ostmark aus Resten der beiden Provinzen erschien untunlich.

Regierungspräsident Foerster bleibt noch

Regierungspräsident Foerster hatte vor längerer Zeit sein Abschiedsgesuch eingereicht, sich aber bereit erklärt, noch über den 1. Oktober hinaus im Amte zu verbleiben bezw. die Geschäfte des Oberpräsidenten zu führen. Jetzt erfährt die Danz. Ztg., daß Regierungspräsident Foerster auch nach Beendigung seiner hiesigen Tätigkeit weiter im preußischen Staatsdienste verbleiben wird, und zwar übernimmt er die Führung der Geschäfte des Präsidenten des neugebildeten Landesfinanzamtes Stettin.

Das wäre ja auch schade, wenn dieser Erzreaktionär nicht dieser „sozialistischen“ Republik erhalten bliebe. Zu Roste, Ebert, Bauer und Früngel paßt er vorzüglich.

Beendeter Streit

Der Buchdruckerstreik in Marienburg ist durch Vermittlung des Ersten Bürgermeisters beigelegt worden.

Ein Messerstecher

Vor dem Marienburger Schöffengericht stand der Arbeiter Johann Sabott aus Liekau. Er hatte ohne jeden Grund seinen Arbeitskollegen Manke durch mehrere Messerstiche verletzt. Der Amtsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis. Die Schöffen gingen darüber hinaus und erkannten auf 6 Monate Gefängnis.

Die Swinemünder Schieberzentrale

Eine Schieberzentrale im Kreisaußschuß ist in der pommerischen Stadt Swinemünde aufgedeckt worden. Schon seit einigen Wochen wurde vermutet, daß in der Geschäftsstelle (Nährmittelfabrik) des Kreisaußschusses erhebliche Unregelmäßigkeiten durch eigene Angestellte verübt wurden. Die Vermutungen und Gerüchte, die über diese Angelegenheit verbreitet waren, haben jetzt eine überraschende Aufklärung erfahren. Wie das Landratsamt mitteilt, ist es gelungen, soviel Material zu sammeln und die Beweisaufnahme so zu beschleunigen, daß nach Vernehmung des Verdächtigen beim Landrat die Verhaftung des Lageristen Wagner aus Swinemünde erfolgen konnte. Es sind erhebliche Posten Zucker der Geschäftsstelle des Kreisaußschusses entwendet und zum Preise von 400 Mark für den Zentner verschoben worden. Der Geschäftsleiter Ludwig ist bis auf weiteres beurlaubt worden, weil er den Verlust des Zuckers nicht gemeldet hatte und auf Anfrage des Landrats erklärt hat, der Zucker sei auf dem Transport verloren gegangen.

Briefkasten der Redaktion

Karl Herrmann. Sie trennen. Die Konsumverwaltung ist durch einen längeren Vertrag gebunden, der zurzeit nicht zu lösen ist. Andernfalls wäre es selbstverständlich, daß die Verwaltung eine andere Stellung einnimmt.

Elbinger Standesamt

Fabrikarbeiter Karl Tiedtke, 44 J. — Arbeiter Heinrich Sommerfeld, 1 J., 8 J. — Arbeiterwitwe Katharina Anna Gabriel geb. Nikolajewski, 76 J. — Maschinist Mag Johannes Gumowski, 1 S., 7 W. — Schlosserfrau Henriette Abraham geb. Diegner, 40 J.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnicki, beide in Elbing. Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. O. m. b. H., in Elbing.

Marienburg

Nahrungsmittel-Verteilungsplan

für die Woche vom 3. bis 8. November 1919.

- Gegen Voranmeldung auf Hauptnahrungsmittelliste Nr. 67 1/2 Pfund Graupen, in sämtlichen Lebensmittelgeschäften.
 - Ohne Voranmeldung auf Auslandsmehlliste 1/2 Pfund ausländ. Weizenmehl, in den bekanntgegebenen Geschäften.
 - Ohne Voranmeldung auf Milchlisten A4, B4, C4 1/4 Pfund Feintalg, Mf. 3,50 je Pfund bei den Fleischermeistern Braun, Drossel, Pohl.
- Schluß der Voranmeldung: Freitag, den 31. Oktober 1919. Ausgabe der Marken: Sonnabend, den 1. November 1919. Ausgabe der Waren an die Kaufleute: Montag, den 2. November 1919, von 8 1/2—10 Uhr vom Speicher Steingasse. Marienburg, den 25. Oktober 1919. Städtisches Ernährungsamt. — Arbeiterrat.

Winter-Saison 1919

Meine bekanntlich grossen Läger bieten Ihnen reichste Auswahl

Elegant garnierter Hüte

:: aller Preislagen ::

Als besondere Spezialität:

Hervorragende Velours

nur beste Fabrikate in allen Formen und Farben.

Neu aufgenommen:

Pelzkolliers u. Pelz-Garnituren

Elbinger Stroh- und Filzhut-Fabrik

Felix Berlowitz.

Bekanntmachung.

Die Straße „Am Elbing“ hat die Bezeichnung „Wasserstraße“ erhalten.
Elbing, d. 30. Okt. 1919.
Die Polizei-Verwaltung.

Kartoffeln.

Mit Rücksicht auf die immer noch ausserordentlich geringen Kartoffeleingänge wird angeordnet,

daß bis auf weiteres von den Kartoffelhändlern nur noch auf die jeweils gültigen Wochenmarken Kartoffeln abgegeben werden dürfen, die Lieferung ganzer Kartoffelmarkenblätter zur Wintereindeckung also bis zu anderweiter Bekanntgabe einzustellen ist.
Elbing, den 31. Oktober 1919.

Der Magistrat.
Ernährungsamt.

W. Breitfeldt

Innereer Mühlenstr. 18/19, Fernsprecher 352, empfiehlt sein

Spezialgeschäft

in Zigarren, Zigaretten, Rauch-, Rau- u. Schnupftabak.
:: Beste Bezugsquelle :: für Wiederverkäufer !!

Käsekartons

sämtl. andere Versandkartons, Pack- u. Pergamentpapier empfiehlt billigst Baschek, Herrenstr. 45.

Wolluhren

werden prompt und billig ausgeführt von Freitag, Kastanienallee 14.

Neu für Elbing u. Umgegend

Nur kurze Zeit

von Sonntag, den 2. November 1919

Platz am Marienburgerdamm

in einer Bretterbude von 50 Metern Länge.

Eröffnung N. D. Nielsens

Panoptikum

und großes anatomisches

Museum

enthaltend über 1000 Nummern

Gruppen u. Figuren in Wachs in natürlicher Größe, darunter die großen Gruppen nach einer berühmten Malerei (**Der Weg der Sünde**), bestehend aus 42 Figuren in Lebensgröße.

Grosse Anatomisch-pathologisch embryologische Abteilung

eine für Damen und eine für Herren.

Das Museum ist täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends.

Alle, welche Elbing besuchen, müssen die Gelegenheit benutzen, dieses wissenschaftliche Museum zu besuchen, es ist interessant und belehrend für alle.

Eintrittspreis 2 Mt., anatomische Abteilung 1 Mt.

Beerdigungsinstitut H. Herder,
Teleph. 571 Wilhelmstr. 58 Begründ. 1894.

Schwarze Handtasche
verlor. Geg. Belohn. abzugeben.
Neuß. Mühlenstr. 65, u. l.

Reelle Bezugsquelle

für

Pelzwaren

wie

Kragen, Muffen, Pelzhüte, Pelzmützen usw., Klapp-Hüte, Velour-, Haar- u. Woll-Hüte, Sport-Mützen.

Blaue Tuchmützen usw.

Dauerwäsche, Papierwäsche, Gummi-Hosenträger, Kragen, Krawatten, Selbstbinder, Serviteurs, Manschetten, Stöcke, Socken, Handschuhe, Unterhemden, Wickelgamaschen, Gummiband, Schnürsenkel usw.

Gebr. Laschinsky,

Elbing Westpr., Alter Markt 64.
am Marktort. Fernruf 826.

Zucker.

Zur Abgabe auf die November-Zuckermarken sind vorläufig nur die kleinen Restzuckerbestände verfügbar, die sich zur Zeit noch bei den hiesigen Kaufleuten befinden. Die Heranführung des Zuckers ist bisher trotz aller Bemühungen nicht möglich gewesen. Die Belieferung des hiesigen Handels mit Zucker erfolgt unter Ausschaltung der Stadt durch das Landes-Zuckeramt und die Provinzialzuckerstelle, und die dringenden Vorstellungen bei beiden Stellen, für rechtzeitige Heranführung des Zuckers für November nach Elbing zu sorgen, sind bis jetzt erfolglos gewesen, werden aber fortgesetzt. Die Lage ist übrigens überall die gleiche, beispielsweise auch in Danzig. Um zunächst die Belieferung der Zuckerarten der Säuglinge — Kinder bis zu 1 Jahr — sicher zu stellen, wird angeordnet,

das bis einschliesslich 4. November die hiesigen Kaufleute die bei ihnen vorhandenen Bestände an Weiszucker — unter Ausschluss jeder Belieferung anderer Zuckerarten — nur auf Zusatzzuckerarten und auf Zuckerarten mit einem roten „K“ und zwar zu den bisherigen Höchstpreisen, verkaufen dürfen.

Ein kleiner Posten Weiszucker ist in Elbing in einigen Tagen zu erwarten und wird ebenfalls nur auf Karten der Kinder bis zu 1 Jahr zur Ausgabe kommen, wenn deren Bedarf durch die zur Zeit bei den Kaufleuten vorhandenen Restbestände noch nicht gedeckt sein sollte.

Elbing, den 31. Oktober 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Bekanntmachung.

Es treten folgende Straßenumbenennungen ein:

1. Die Bahnhofstraße wird zur „Herrenstraße“ gezogen und dementsprechend benannt.
2. Das Stück der Holländerstraße, welches vom Inneren Marienburgerdamm in der Verlängerung der Schottlandstraße verläuft — Hausnummer 7a—11 — wird „Schottlandstraße“ benannt.
3. Das im rechten Winkel nach Norden abweigende Stück der Holländerstraße — Hausnummer 2—7 und 15—24 wird zur „Neuf. Wallstraße“ zugerechnet und dementsprechend benannt.
4. Das Stück der Schottlandstraße, welches von der Rohwiesenstraße bis zur Kreuz- und Storchstraße reicht. — Hausnummer 1—3a und 33 — wird zur „Rohwiesenstraße“ gezogen und dementsprechend benannt.

Elbing, den 30. Oktober 1919.

Die Polizei-Verwaltung.

U. S. P. D.

Sonntag, den 2. November, vorm. 1/10 Uhr, findet im Volkshaus eine

Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom III. Quartal.
2. Stellungnahme zum Parteitag am 16. November.
3. Aufstellung von 6 Kandidaten zur Urwahl am 9. November.
4. Parteianglegenheiten und Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung haben nur die Parteifunktionäre und die Delegierten durch Ausweis Zutritt.

Die Parteileitung.

Suche von gleich u. zum 11. Nov.

Hotelfrauen, Landwirtin, Stützen, Büfettfräulein, Kinderfräul., bess. Kindermädchen, Kinderfrau, Köchin, l. u. II.-fl. Stubenmädchen Landmädchen, Mädchen für alles für hier und nach anderen Städten, mit auch ohne Melken, für Rittergüter, Güter, Käfer., Gastwirtschaft u. Verfigung.

Frau Karoline Ehlert,

gewerbsmäßige Stellenvermittlerin, Körperstraße 8, dicht an der Hauptkirche zu St. Marien.

Infileute mit Scharwerkern, Knechte, Arbeiter, Fütterer und Dienstmädchen können sich melden.

Lebensmittel in der Woche vom 3. bis 9. November 1919.

Ware	Menge	Marke	Ausgabe findet statt:				Preis	
			an Kaufleute	ans Publikum	für Ausgabemengen	für 1 Pfd.		
			am	durch	am	durch	Mt.	Mt.
Kartoffeln	7 Pfund	Kartoffelmarke 6	—	—	bis Sonntag	Kartoffelhändler	0,84	0,12
Brot	2500 Gramm	Brotmarke 134	—	—	bis Sonntag	Bäckereien	R.-B. 1,70	0,34
oder Mehl	1750 Gramm	Brotmarke 134	—	—	bis Sonntag	Mehlhändler	W.-B. 1,85	0,37
Butter	50 Gramm	Fettmarke 32	—	—	ab Montag	Molkereien	R.-M. 1,33	0,38
Graupe	125 Gramm	Nährmittelmarke 520	3. 11. S. Stach	—	4. 11.	Kaufleute	W.-M. 1,40	0,40
Maggiwürfel	2 Stück	Nährmittelmarke 520	4. 11. Oscar Tennstädt	—	4. 11.	—	0,65	6,50
Marmelade	250 Gramm	Nährmittelmarke 521	4. 11. Fritz Wiebe	—	5. 11.	—	0,11	0,44
Margarine*)	50 Gramm	Einfuhrzusatzmarke 17 A	5. 11.	—	6. 11.	—	1 Stück 10	1,30
Roggenmehl 82/0	125 Gramm	Nährmittelmarke 522	—	—	6. 11.	Mehlhändler	oder 13 Pfg.	0,65
Amerikan. Weizenmehl**)	250 Gramm	Einfuhrzusatzmarke 17 B	5. 11.	—	7. 11.	Kaufleute	0,10	0,38
oder Amerikan. Roggenauszugmehl	250 Gramm	—	5. 11. Fritz Preuß	—	7. 11.	—	0,42	0,84
oder inl. Weizenmehl 80/0	250 Gramm	—	—	—	7. 11.	Mehlhändler	0,35	0,70
Reis	125 Gramm	Kinderzusatzmarke 154	—	—	7. 11.	—	0,20	0,40
oder Zwiebad	125 Gramm	—	—	—	8. 11.	die bekannt. Geschäfte	0,39	1,56
Rindfleisch***)	125 Gramm	10/10 Fleischkarte	6. 11. Schlachthof	—	8. 11.	—	0,44	1,76
Schweinefleisch (amerik.****)	125 Gramm	Einfuhrzusatzmarke 17 C	7. 11.	—	8. 11.	Fleischer lt. Kundenliste	Bratfl. 0,88	3,50
			6. 11.	—	7. 11.	—	Sackfleisch 1.—	4.—
			7. 11.	—	8. 11.	—	Rohfleisch 0,70	2,80
			—	—	—	—	1,09	4,35

In der obigen Woche gilt die Brotaufschlagmarke V für 1/4 Pfund inl. 82/0iges Roggenmehl, erhältlich in den Mehlhandlungen. Nährmittelmarke V für 1/4 Pfund Graupe, 2 Maggiwürfel, 1/2 Pfund Marmelade, erhältlich bei Conrad John, Alter Markt 8, Bruno Winter, Holl. Tor 5, F. Plohmach Nachfl., Wasserstr. 63/64.
Elbing, den 1. November 1919.

Der Magistrat. — Ernährungsamt.

*) Die Verkaufsstellen für Margarine werden nach Eintreffen der Ware bekannt gegeben.

**) Zum Verkauf kommen nur Reste aus der letzten Verteilung.

***) Rechtzeitige Viehzufuhr vorausgesetzt. Falls sich die Menge von 125 Gramm ändern sollte, erfolgt besondere Bekanntmachung.

****) Nur bei gleichzeitiger Vorlage des fälligen Wochenabschnittes der Reichsfleischkarte, weil Selbstversorger ausgeschlossen werden müssen.